



**Staatsanwaltschaft des Kantons Basel-Stadt**

# **Jahresbericht 2017**

## Inhalt

Einleitende Bemerkungen	3
Organigramm	4
Die Staatsanwaltschaft Basel-Stadt	5
Kriminalpolizei	7
Allgemeine Abteilung	10
Abteilung Wirtschaftsdelikte	12
Jugendanwaltschaft	14
Strafbefehlsabteilung	16
Stab und Führungsunterstützung	18
Allgemeine Statistiken	24

## Einleitende Bemerkungen

Das vergangene Jahr war wesentlich geprägt von der Einführung des neuen Geschäfts- und Dokumentenverwaltungsprogramms JURIS 5. Sie erfolgte parallel zum laufenden Tagesgeschäft und hat sämtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wesentlich gefordert. Die Staatsanwaltschaft hat Anfang April 2017 als erste Behörde schweizweit die neue Applikation JURIS 5 eingeführt und musste in der Folge nicht ganz unerwartet auch grössere Anlaufschwierigkeiten beheben. Trotz dieser Umstellung konnte sie die Anzahl an abgeschlossenen Strafverfahren leicht steigern.

Im Bereich der Digitalisierung wird die Entwicklung rasant voranschreiten – und dies nicht nur bei der Staatsanwaltschaft. Mit jedem Jahr wird die Verarbeitung und Verbreitung digitaler Informationen zunehmen und die Kriminalität verändern bzw. neue Formen der Kriminalität hervorbringen. Auch aus diesem Grunde haben wir Mitte 2017 das Projekt «Technische Ermittlungsunterstützung in Vorverfahren» (TErmU) initiiert, mit welchem sich die Staatsanwaltschaft an die aktuellen und zukünftigen technischen Herausforderungen in Strafverfahren anpassen will. Mit einer Ist-Soll-Analyse wird

der Frage nachgegangen, ob die Staatsanwaltschaft im Ermittlungsbereich in technischer, organisatorischer und personeller Hinsicht den aktuellen und zukünftigen technologischen Herausforderungen gewachsen ist.

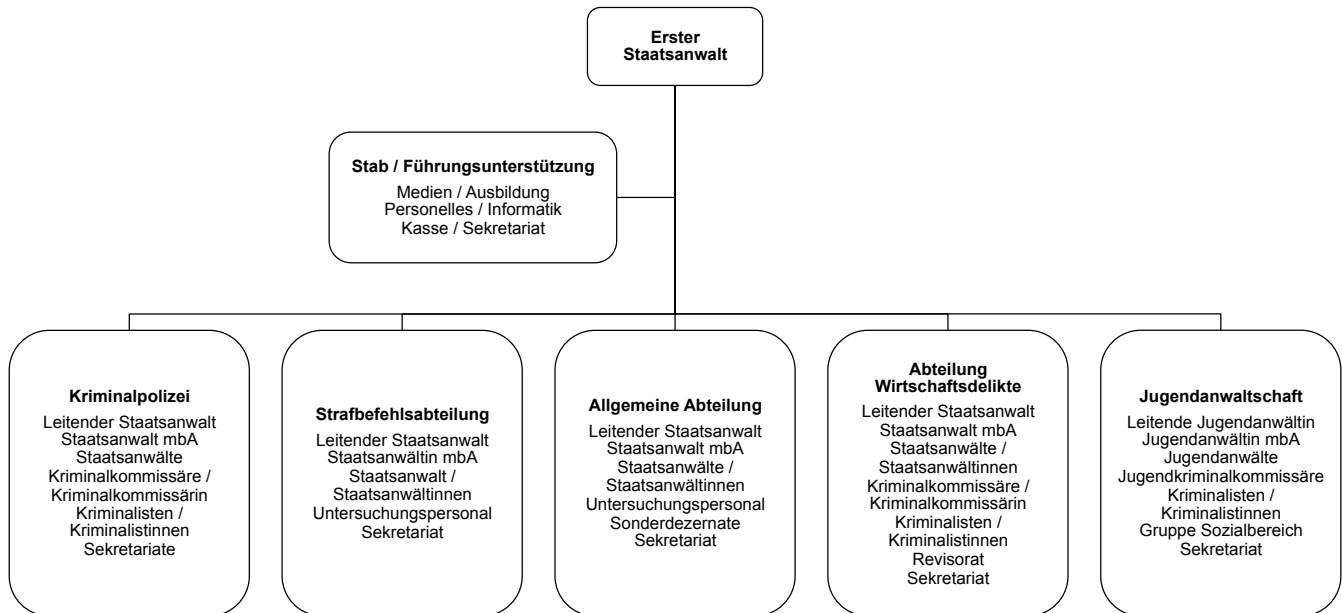


*Alberto Fabbri*

In der Revision der Strafprozessordnung werden sich die Strafverfolgungsbehörden dafür einsetzen müssen, dass die materielle Wahrheitsfindung vermehrt in den Vordergrund gestellt wird. Es ist zwingend nötig, dass die administrativen Auflagen in den Strafverfahren, welche für unsere Kernarbeit hindernde Ausmasse angenommen haben, reduziert werden. Das Ziel ist, das Regelwerk insgesamt wieder praxistauglicher zu gestalten.

lic. iur. Alberto Fabbri  
Erster Staatsanwalt des Kantons Basel-Stadt

# Organigramm



## Die Staatsanwaltschaft Basel-Stadt

Die Staatsanwaltschaft führt Strafverfahren bei Verbrechen, Vergehen und Übertretungen. Sie erhebt und vertritt die Anklage, erlässt Strafbefehle und weitere Abschlussverfügungen wie Sistierung, Einstellung, Abtretung oder Nichtanhandnahme. Zudem leistet sie internationale sowie nationale Rechtshilfe in Strafsachen.

Anzeigen werden von der **Kriminalpolizei** entgegengenommen. Sie leitet die Strafverfolgung ein und ergreift erste Massnahmen, wie etwa die Feststellung des Tatbestandes, die Sicherung von Beweismitteln oder die Fahndung nach flüchtigen Verdächtigen. Ferner schliesst sie auch Vorverfahren mittels Nichtanhandnahme, Einstellung oder Strafbefehl ab.

Die **Allgemeine Abteilung** der Staatsanwaltschaft ergänzt den Ablauf einer Strafuntersuchung durch weitere Untersuchungen und Einvernahmen oder holt je nach Situation die notwendigen Gutachten ein. Sie schliesst das Verfahren durch Anklageerhebung oder Erlass eines Strafbefehls ab oder stellt es ein.

Untersuchungsverfahren zu Delikten, die sich im wirtschaftlichen Bereich abspielen, werden von der Abteilung **Wirtschaftsdelikte** übernommen. Die

Verfahren werden in der Regel von der Anzeige bis zum Abschluss bearbeitet. Der Abteilung steht auch ein Revisorat zur Verfügung.

Die Aufgabe der **Jugendanwaltschaft** liegt darin, die Verfahren gegen Unmündige zu führen und auch die Sanktionen zu vollziehen. Ausserdem befragt die Jugendanwaltschaft im Auftrag der Staatsanwaltschaft oder der auswärtigen Stellen alle minderjährigen Tatzeugen, insbesondere auch Opfer von Sexual- und Gewaltdelikten.

Die **Strafbefehlsabteilung** nimmt die Aufgaben der Verfahrensleitung wahr gegenüber der Kantonalpolizei sowie verschiedenen Verwaltungsbehörden im Kanton Basel-Stadt und schliesst deren Ermittlungen mittels Erlass eines Strafbefehls, Anklageerhebung oder Einstellung des Verfahrens ab.

Der **Stab** und zugleich die **Führungsunterstützung** des Ersten Staatsanwalts ist verantwortlich für die Öffentlichkeitsarbeit, die Aus- und Weiterbildung der Mitarbeitenden, das Personal- und Rechnungswesen, die Logistik sowie den gesamten Informatik-Support, inklusive IT-Ermittlung.



## Kriminalpolizei

**Im Jahr 2017 konnte die Kriminalpolizei alle ihre offenen Stellen besetzen. Der Zeitaufwand für die Erledigung von Anzeigen nimmt jedoch immer mehr zu.**

Erfreulich ist die Entwicklung im personellen Bereich. Nach teilweise länger dauernden Vakanzen konnte die Kriminalpolizei im Jahr 2017 ihre sämtlichen Stellen besetzen. Zurzeit ist die Nachfrage nach der Arbeit als Detektivin oder Detektiv bei der Kriminalpolizei sogar deutlich grösser als das Angebot. Entsprechend müssen immer wieder Bewerbungen von gut qualifizierten – auch ausserkantonalen – Polizistinnen und Polizisten zurückgestellt werden. Aufgrund der Pensionierung des langjährigen Chefs der Kriminalpolizei per Ende Mai 2017 war auch dessen Funktion neu zu besetzen. Der Grosse Rat entschied sich für eine interne Nachfolge. Deshalb musste eine weitere Staatsanwaltsstelle ausgeschrieben und besetzt werden. Seit September 2017 ist die Leitung der Kriminalpolizei wieder komplett.

### **Deliktsfelder im besonderen Fokus**

Der Regierungsrat hat im Jahr 2017 erstmals Schwerpunkte zur Kriminalitätsbekämpfung und Strafverfolgung festgelegt. Verstärkt bekämpft werden sollen Gewaltstraftaten, Einbruchdiebstahl und Menschenhandel. Die drei Deliktsfelder stehen gesellschaftlich im besonderen Fokus. Die Gewalt-

delikte und die Einbruchdiebstähle stellen so genannte «Bring-Delikte» dar und werden bereits seit Jahren prioritär bekämpft. Der Menschenhandel wiederum kann als typisches «Hol-Delikt» mangels Anzeigen nur dann gezielter angegangen werden, wenn bei der Fahndung sowie bei der Kriminalpolizei ein expliziter Schwerpunkt gesetzt wird. Für die Bekämpfung des Menschenhandels wurde die spezialisierte Fachgruppe der Kriminalpolizei mit zwei Ermittlern verstärkt. Da keine zusätzlichen Personalressourcen zur Verfügung standen, erfolgte dies zu Lasten anderer Fachgruppen, die ebenfalls bereits stark belastet sind.

### **Formelle Verfahrenerschwernisse nehmen zu**

Seit im Jahr 2011 die schweizerische Strafprozessordnung eingeführt wurde, übersteigt die Gesamtzahl der neu eingegangenen Anzeigen die Zahl der Erledigungen. Auch die formellen Verfahrenerschwernisse und der damit einhergehende Zusatzaufwand nehmen zu. Dies zeigt sich beispielsweise daran, dass aufgrund der neueren bundesgerichtlichen Rechtsprechung die Polizei in jedem Ereignis, in dem sie eine zur Kontrolle der Fahrfähigkeit nötige Blutprobe anzuordnen gedenkt, zwingend vorgängig den Pikett-Staatsanwalt benachrichtigen muss. Dies ist aus prozessökonomischen Gründen sinnlos, da die Staatsanwaltschaft aufgrund der bundesrechtlichen Vorgaben grundsätzlich keinerlei Ermessen hat.

Auch die von den Gerichten immer wieder geforderten Videokonfrontationen zur Beweiskraftsicherung von Zeugenaussagen haben den personellen und logistischen Aufwand in diesem Bereich mindestens verdoppelt.

Die Gesamtheit all dieser Formalitäten verzögert die Erledigung signifikant. Die Verfahrensleitungen sind gezwungen, minder prioritäre Verfahren konsequent zurückzustellen. Zum Jahresende 2017 waren 6'771 (2016: 5'768) Verfahren hängig. Das sind 17 Prozent mehr als im Vorjahr und gar 74 Prozent mehr als Ende 2010 (3'882).

### Zeichen gesetzt bei Kriminaltouristen

Um die Anordnung von zusätzlicher Untersuchungshaft zu vermeiden, haben die Staatsanwälte der Kriminalpolizei auch im Berichtsjahr vor allem im Rahmen des Pikettdienstes bei festgenommener Täterschaft mit unklarem Aufenthaltsstatus – und damit bestehender Fluchtgefahr – aber bewiesener und/oder zugegebener Tat Verfahren innerhalb von 48 Stunden erledigt und den Beschuldigten vor der Entlassung einen so genannten Haftstrafbefehl ausgehändigt. Damit wurde und wird vor allem bei Kriminaltouristinnen und -touristen das Zeichen gesetzt, dass Delinquenz in Basel-Stadt unmittelbar Folgen hat.

### Entwicklung ausgewählter Straftaten Basel-Stadt

	2013	2014	2015	2016	2017
<b>Leib und Leben</b>	<b>1'364</b>	<b>1'382</b>	<b>1'506</b>	<b>1'410</b>	<b>1'436</b>
<b>Sexualdelikte</b>	<b>242</b>	<b>242</b>	<b>272</b>	<b>393</b>	<b>277</b>
<b>Vermögen</b>	<b>18'224</b>	<b>15'672</b>	<b>14'929</b>	<b>14'838</b>	<b>15'093</b>
- Einbruch	1'607	1'348	1'358	1'339	1'372
- Raub	205	136	104	124	83
- Entreisddiebstahl	92	46	32	31	26
- Taschendiebstahl	971	920	807	613	554



«Für die Bekämpfung des Menschenhandels wurde die spezialisierte Fachgruppe der Kriminalpolizei mit zwei Ermittlern verstärkt.»



## Allgemeine Abteilung

**Die Allgemeine Abteilung erledigte 2017 mehr Fälle als im Vorjahr. Besonders intensiv war das Bearbeiten von zwei konkreten Verfahrenskomplexen mit 18 und 16 beschuldigten Personen.**

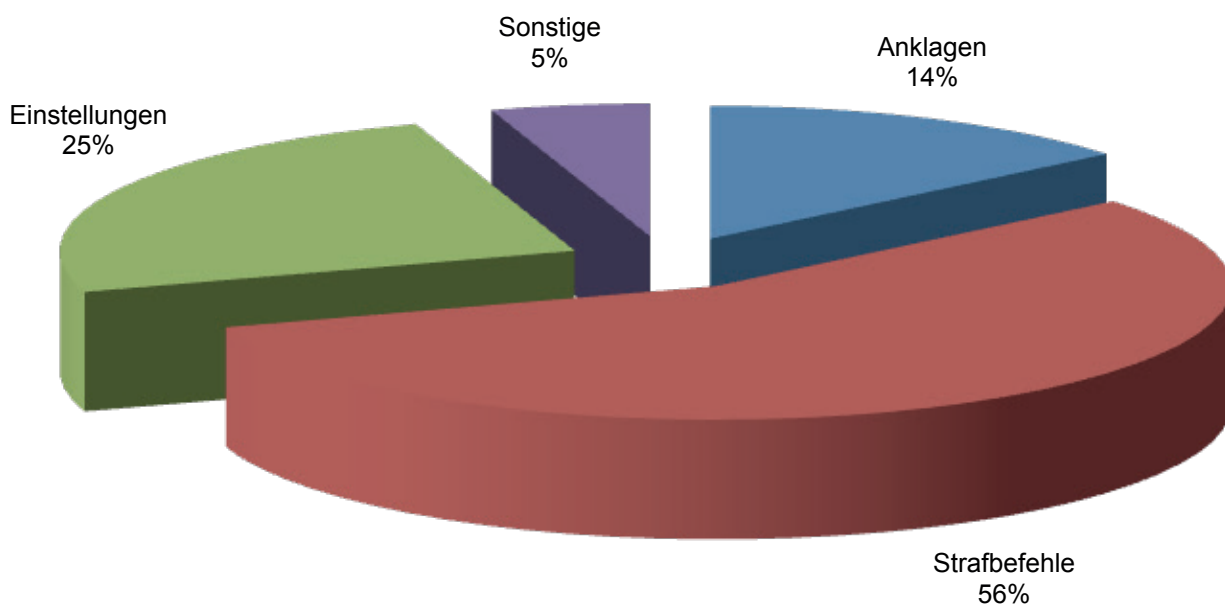
Die per Oktober 2016 in Kraft getretene bzw. wieder eingeführte Landesverweisung brachte wie erwartet im vergangenen Jahr verschiedentlich Änderungen in den Abläufen und der Abschlussart von diversen Verfahren mit sich. Bis Ende Dezember 2017 beantragte die Staatsanwaltschaft in etwas mehr als 100 angeklagten Fällen eine obligatorische oder fakultative Landesverweisung. Erstinstanzlich wurden denn auch bereits mehrere Dutzend Landesverweisungen ausgesprochen. In wenigen Fällen,

bei welchen verschiedentlich unter Anwendung der Härtefallklausel oder des Freizügigkeitsabkommens von Seiten des Strafgerichts auf die Anordnung von Landesverweisungen verzichtet worden ist, sind zweitinstanzlich einige Verfahren pendent. Deshalb dürfte im laufenden Jahr mit ersten Urteilen des Appellationsgerichts bzw. unter Umständen bereits mit Entscheiden des Bundesgerichts und damit mit der Annäherung an eine einheitliche Praxis gerechnet werden.

### Statistisch auf Vorjahresniveau

Trotz zwei altersbedingt erfolgten Abgängen im Team der Untersuchungsbeamtinnen und Untersuchungsbeamten und des Wechsels eines erfahre-

### Fallerledigung 2016



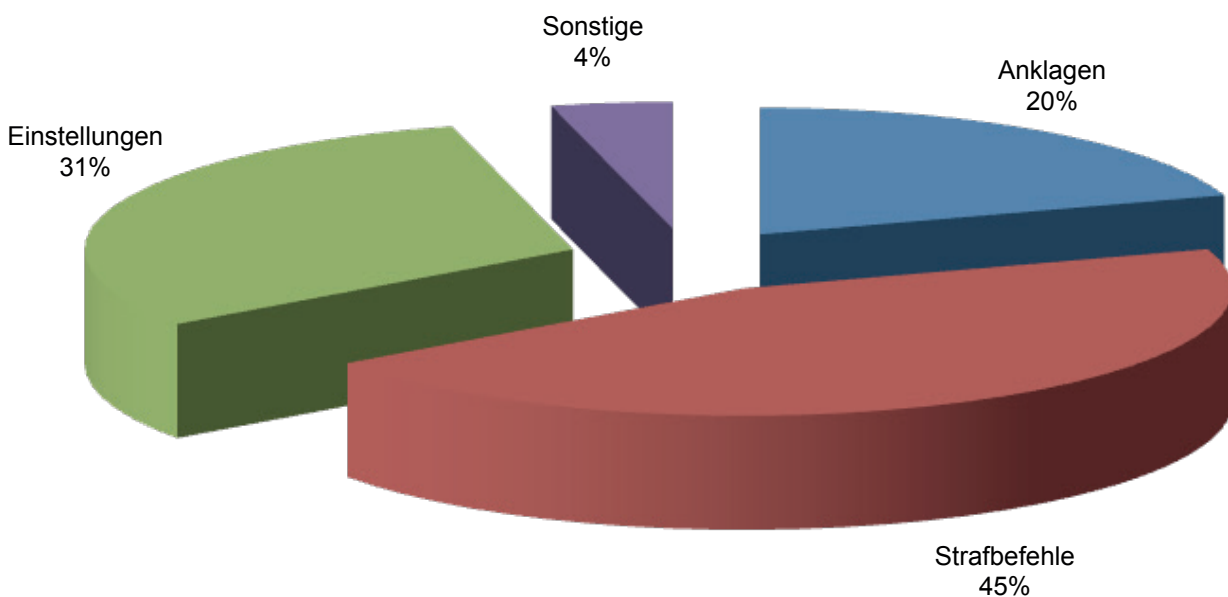
«Die geltende Strafprozessordnung trägt kaum etwas zur möglichst zeitnahen Beurteilung von Straftaten bei.»

nen Staatsanwalts zur Kriminalpolizei bewegte sich die Allgemeine Abteilung statistisch auf Vorjahresniveau und konnte eine minimale Steigerung bei den Erledigungen verzeichnen.

Wenn man die Tatsache berücksichtigt, dass auch in diesem Jahr zahlreiche komplexe und umfangreiche Strafverfahren abgeschlossen werden konnten, ist die marginale Steigerung der Erledigungen sehr erfreulich. Das Bearbeiten von zwei konkreten Verfahrenskomplexen mit 18 und 16 beschuldigten Personen war derart aufwändig, dass die jeweilige Verfahrensleitung während des überwiegenden Teils dieses Jahres – notabene nachdem bereits im Vorjahr die Untersuchungen eröffnet und mehrere

Monate für zahlreiche Beweiserhebungen und Erstellung der Anklageschriften aufgewendet worden waren – mit der Bearbeitung eines Strafverfahrens beschäftigt war. Aus diesem Grund konnten sie für die Bearbeitung anderer Verfahren kaum zur Verfügung stehen. Diese beiden Verfahren haben erneut eindrücklich aufgezeigt, dass die geltende Strafprozessordnung insbesondere bei derartigen Verfahrenskomplexen kaum etwas zur möglichst zeitnahen Beurteilung von Straftaten beiträgt.

### Fallerledigung 2017



## Abteilung Wirtschaftsdelikte

**2017 gab es erneut deutlich mehr Wirtschaftsstraffälle. Ein Anstieg war im Bereich Betrug und Urkundenfälschungen zu verzeichnen.**

Der bereits im Jahre 2016 ausgewiesene Anstieg von Wirtschaftsstraffällen setzte sich im Berichtsjahr 2017 unvermindert und in noch grösserem Umfang als bisher fort: Nach 366 neu eröffneten Strafverfahren im Jahre 2015 und 451 im Jahre 2016 waren dieses Jahr 655 neue Verfahren an die Hand zu nehmen.

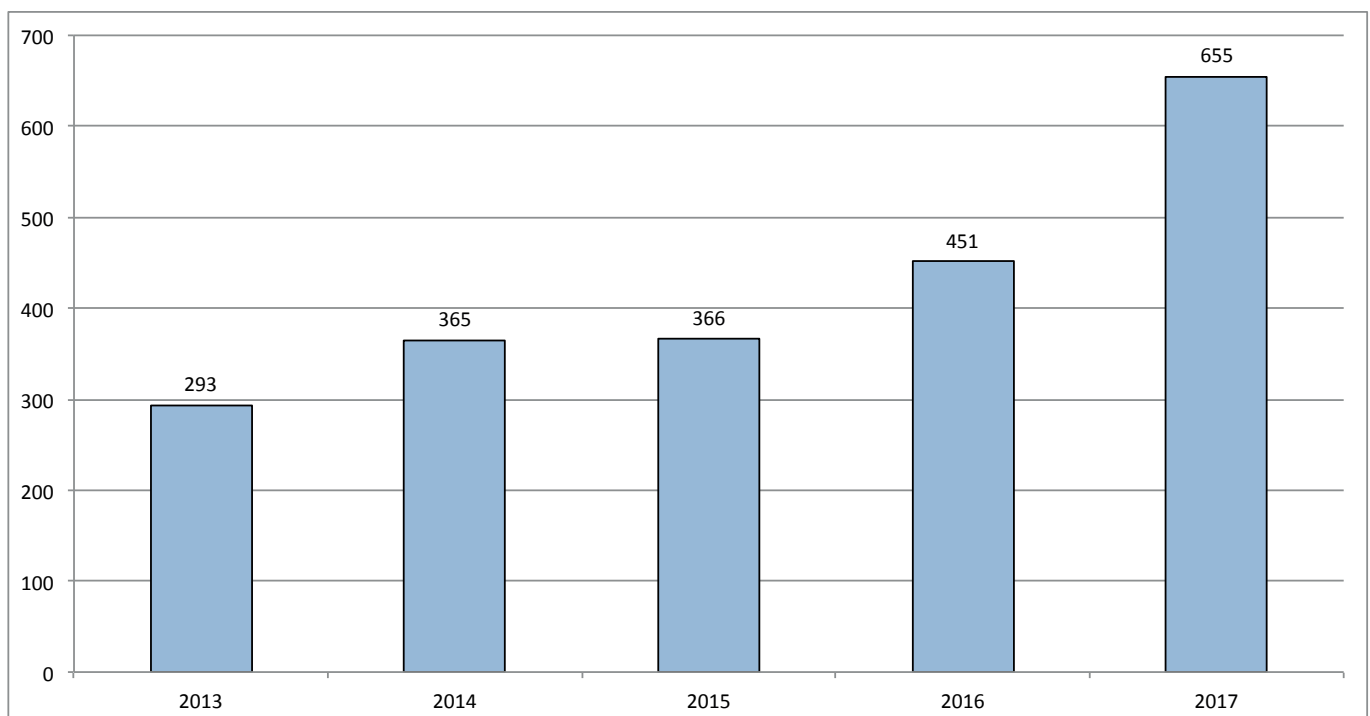
Ein deutlicher Anstieg im «klassischen Bereich» Betrug und Urkundenfälschungen ergab sich aufgrund der Aufdeckung eines ganzen Systems von

Betrugshandlungen zu Lasten von diversen Kreditvermittlungsinstituten mit Dutzenden von beschuldigten Personen.

### **Betrugsmasche der falschen Polizisten**

Eine deutliche Zunahme erfuhren im Übrigen auch insbesondere Verfahren im Zusammenhang mit Schuldbetreibungs- und Konkursdelikten. In diesem Bereich sind umfangreiche Ermittlungshandlungen gegen sogenannte «Firmenbestatter» am Laufen, also gegen Personen, welche Unternehmen nicht ordentlich auflösen, sondern dafür sorgen, dass dies von Amtes wegen sowie auf Staatskosten geschieht und Gläubiger ihre Guthaben abschreiben müssen. Im letzten Quartal des Jahres war im Weiteren eine

### Fallzahlen Wirtschaftsdelikte



«Neu hinzu kam im Berichtsjahr 2017 planungsgemäss die Übernahme und Erledigung der Verfahren der Betrugsgruppe der Kriminalpolizei.»

Vielzahl möglicher Bestellungsbruchhandlungen durch Verantwortliche von Firmen mit Domizil Basel zu beobachten. Auch die neue Betrugsmasche der falschen Polizisten – eine derzeit gehäuft auftretende Spielart des Einzeltrickbetrugs – beschäftigte sowohl die Kriminalistinnen und Kriminalisten wie auch Staatsanwältinnen und Staatsanwälte intensiv.

Neu hinzu kam im Berichtsjahr 2017 schliesslich planungsgemäss die Übernahme und Erledigung der Verfahren der Betrugsgruppe der Kriminalpolizei, wobei in einigen der 120 Verfahren noch zusätzliche Untersuchungen erforderlich waren.

### **55 internationale Rechtshilfeersuchen im 2017**

Aufgrund der Vielzahl neu eröffneter, teilweise prioritär zu behandelnder Fälle und fortwährender Haftfälle sowie wegen schwangerschaftsbedingten Ausfällen der Revisorin und einer Kriminalistin erfolgte der Abbau penderter Fälle auch im Jahre 2017 nicht im erhofften Umfang.

Im Weiteren erwies sich im Berichtsjahr die Behandlung der internationalen Rechtshilfeersuchen (55 Fälle im Vergleich zu 58 im Jahre 2016) infolge zahlreicher operativer Tätigkeiten wie Beschlagnahmen, Hausdurchsuchungen etc. einmal mehr als sehr zeit- und personalaufwändig.

## Jugendanwaltschaft

**Seit August 2017 und bis die Räumlichkeiten an der Inneren Margarethenstrasse fertig saniert sind, befindet sich die Jugendanwaltschaft provisorisch im Zeughaus. Die Erledigungszahlen des Jahres 2017 bewegen sich in einem ähnlichen Rahmen wie im Vorjahr.**

Im August 2017 erfolgte die temporäre Auslagerung der Jugendanwaltschaft in die Räumlichkeiten des Zeughauses für die Dauer der Gebäudesanierung an der Inneren Margarethenstrasse 14. Der Abschluss der Renovation und damit die Rückkehr sind im Juni 2018 vorgesehen. Nach Anstellung eines Jugendanwalts, einer Detektivin und einer Assistentin im Sekretariat sind die Stellen der Jugendanwaltschaft wieder vollständig besetzt.

Die Jugendanwaltschaft erledigte 2017 insgesamt 855 (2016: 869) Verfahren. Davon wurden 292 Verfahren an andere Kantone oder ins Ausland abgetreten. Gegen 413 (2016: 435) Jugendliche sind Strafbefehle ergangen, wogegen wie im letzten Jahr in 7 Fällen Einsprache erhoben wurde. Die Jugendanwältinnen und Jugendanwälte führten mit 163 (2016: 160) Kindern und Jugendlichen einzelrichterliche Verhandlungen durch. Dem Jugendgericht wurden 10 (2016: 6) Beschuldigte zur Beurteilung überwiesen. Unerledigt blieben zum Jahresende 146 (2016: 114) Verfahren mit 325 (2016: 369) Anzeigen. Der Sozialbereich leitete 69 (2016: 57) vertiefte Abklärungen zur Person ein.

### **30 Prozent der Festgenommenen wohnhaft in BS**

Im Berichtsjahr wurden 82 (2016: 88) Jugendliche im Rahmen eines hängigen Strafverfahrens festgenommen. Davon waren lediglich 25 (2016: 34) – das

heisst 30 Prozent – im Kanton Basel-Stadt wohnhaft. Wie im Vorjahr kamen 17 Jugendliche aus anderen Kantonen, 40 (2016: 37) Festgenommene – und somit knapp die Hälfte – hatten keinen Wohnsitz in der Schweiz. Rund 20 Prozent der Festgenommenen waren weibliche Jugendliche.

Untersuchungshaft oder eine stationäre Beobachtung wurden in 16 (2016: 18) Fällen angeordnet; bei 11 Jugendlichen (2016: 6) wurde die Haft durch das Zwangsmassnahmegericht nach Ablauf von 7 Tagen verlängert. Bei den im Kanton wohnhaften Jugendlichen wurden in 6 (2016: 8) Fällen Untersuchungshaft oder stationäre Beobachtung angeordnet.

### **34 Einvernahmen mit Videoaufzeichnung**

Die Opferbefragungsgruppe befragte im Verlaufe des Jahres 2017 insgesamt 113 (2016: 136) mögliche Opfer und Auskunftspersonen. Insgesamt führte die Jugendanwaltschaft 34 (2016: 41) Einvernahmen mit Videoaufzeichnung durch.

Im stationären Massnahmevollzug befanden sich Ende 2017 18 (2016: 17) Personen und bei 16 (2016: 13) Personen sind ambulante Massnahmen hängig. Im Verlaufe des Jahres 2017 waren insgesamt 7 (2016: 4) Personen zur Verbüssung von kurzen Freiheitsentzügen in der Jugendabteilung des Untersuchungsgefängnisses untergebracht.

Der Nettoaufwand für Untersuchungshaft ausserhalb des Untersuchungsgefängnisses, für Beobachtungsaufenthalte in Institutionen und für den Straf- und Schutzmassnahmevollzug betrug rund 2.3 (2016: 2.5) Millionen Franken.

«Die Jugendanwaltschaft erledigte 2017 insgesamt 855 Verfahren.»



## Strafbefehlsabteilung

**Im Jahr 2017 konnte die Strafbefehlsabteilung die Qualität und die Menge der Beweiserhebungen erheblich steigern. Sie erliess 26'007 Strafbefehle und erhob 4 Anklagen.**

Am 1. Januar 2017 nahm eine in der Strafverfolgung erfahrene Juristin ihre Tätigkeit mit einem Pensum von 50 Prozent auf, so dass im gesamten Berichtsjahr alle 400 Stellenprozent der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte besetzt waren. Eine Belastungsspitze konnte vorübergehend mit einem befristet angestellten akademischen Mitarbeiter gebrochen werden. Der seit 2016 in der Abteilung tätige Untersuchungsbeamte entlastete zudem die Verfahrensleiterinnen und -leiter erneut bei Einsprachen gegen Strafbefehle durch selbständige Untersuchungen und trug überdies dazu bei, dass die Qualität und Quantität der Beweiserhebungen wesentlich erhöht werden konnten.

### **Weniger Einsprachen als im Vorjahr**

Aufgrund technischer Veränderungen (Einführung von JURIS) kam es in der Kanzlei im ersten Semester zu einem weiteren Anstieg der Pendenzen, der einen zusätzlichen Einsatz von befristetem Personal erforderlich machte. Insbesondere die getroffenen vorübergehenden personellen Massnahmen

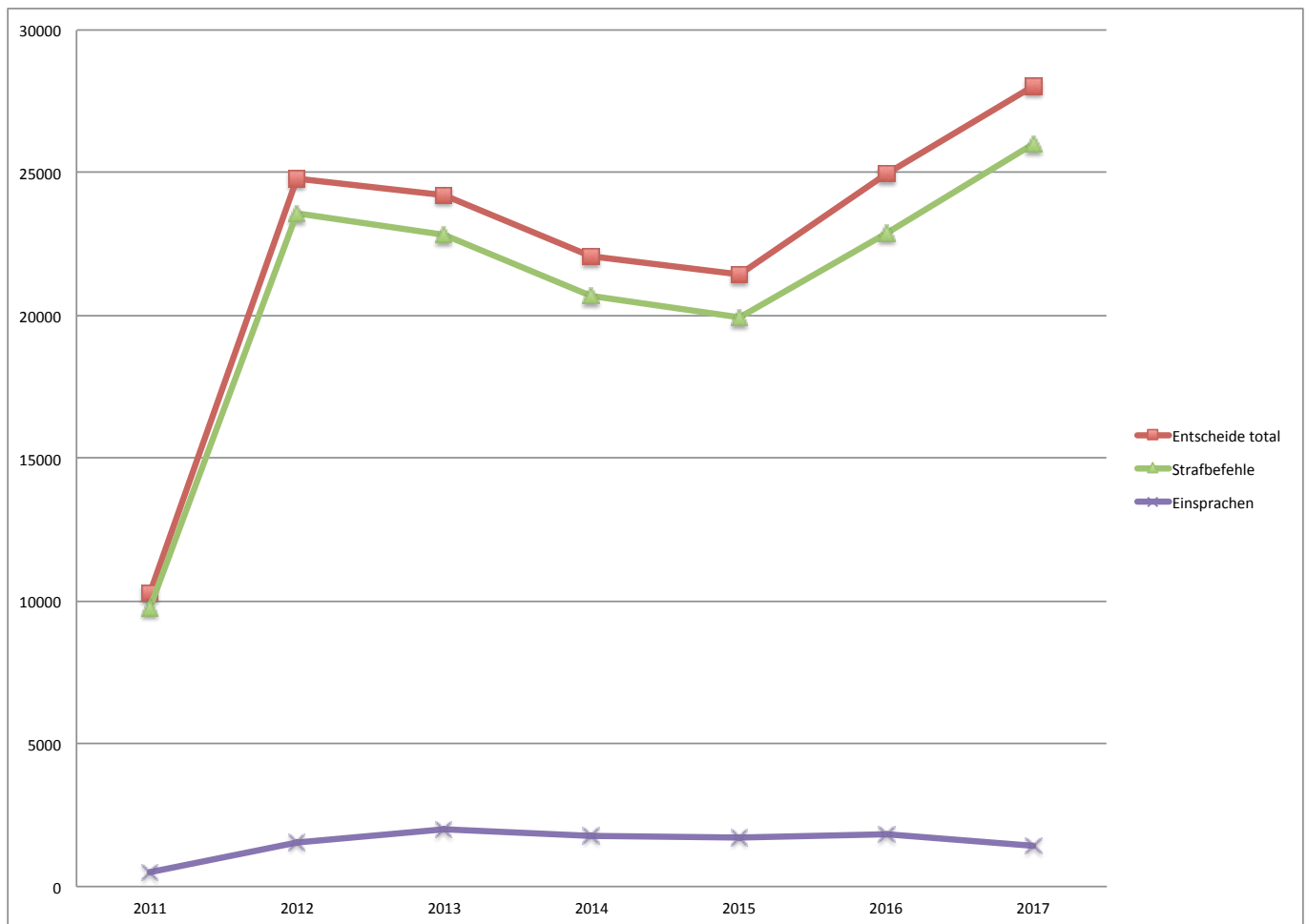
führten zu einer merklichen quantitativen und qualitativen Leistungssteigerung gegenüber dem Vorjahr, wie die Statistik zeigt: Es wurden 26'007 (2016: 22'861) Strafbefehle erlassen und 4 (2016: 5) Anklagen erhoben. Von den Strafbefehlen wurden 344 (2016: 312) Personen ausgehändigt, die sich noch im Freiheitsentzug befanden. Ausserdem wurden 758 (2016: 457) Einstellungs- bzw. Nichtanhandnahmeverfügungen erlassen sowie 116 (2016: 134) Nachentscheide gefällt. Gegen 1'425 (2016: 1'821) Strafbefehle ging eine Einsprache ein. Die Einsprachequote reduzierte sich somit ein weiteres Mal von 8 Prozent im Jahr 2016 auf knapp 6 Prozent in der Berichtsperiode.

2017 wurden nach erhobener Einsprache und nach allfälligen zusätzlich durchgeführten Abklärungen 685 (2016: 813) Verfahren zur weiteren Beurteilung ans Strafgericht überwiesen, wobei das erstinstanzliche Gericht in rund 38 Prozent (2016: 57 %) der Fälle lediglich über die Gültigkeit der zumeist verspätet eingereichten Einsprachen befinden musste. 740 (2016: 1'056) Einspracheverfahren wurden in der Strafbefehlsabteilung nach ergänzender Beurteilung und allenfalls zusätzlich erfolgter Beweisabnahme abgeschlossen.



«Von den Strafbefehlen wurden 344 Personen ausgehändigt, die sich noch im Freiheitsentzug befanden.»

### Jahresstatistik Strafbefehlsabteilung



## Stab und Führungsunterstützung

### Personelles und Logistik

Die Bereichsleitung Personal erbringt Dienstleistungen zur Unterstützung der Führungsverantwortlichen der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt, aber auch zur Überwachung der Linie bei der Wahrnehmung dieser Verantwortung. Ihre Arbeit orientiert sich an festgelegten Qualitätsstandards. Die Aufgaben umfassen Beratung der Führungsverantwortlichen in allen personalrelevanten Fragestellungen, Personalplanung, Rekrutierung, Anstellung und Einführung, Personalbetreuung sowie Personalfreisetzung.

2017 gab es 242 Vollzeitstellen. Die rückständigen Zeitguthaben (Ferien, Überzeit, Gleitzeit, Dienstaltersgeschenk, Schichtbonus) wiesen im 2017 einen Anstieg auf 28'064 Stunden auf. (2016: 24'645; 2015: 22'154; 2014: 25'730; 2013: 25'323).

### Aus- und Weiterbildung

Im aktuellen Jahr wurden neben der internen Weiterbildung der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte die «Plattform der Generalstaatsanwälte» und zusammen mit den Verantwortlichen aus Lörrach und Freiburg i. Br. eine «gemeinsame Fortbildungsveranstaltung der Staatsanwaltschaften» durchgeführt.

442 Mitarbeitende besuchten interne und externe Fach- und Kaderausbildungen in den Bereichen Ermittlung und Strafverfolgung. Angehende Detektivkorporalinnen und -korporale sowie Detektivwachtmeisterinnen und -wachtmeister absolvierten die mit der Beförderung verbundenen Fach- und Führungskurse.

Zudem nahm erneut eine grosse Anzahl von Mitarbeitenden an den monatlichen Weiterbildungsveranstaltungen in den Bereichen Finanzermittlung, Interkriminalität, Notfallorganisation, häusliche Gewalt sowie zu weiteren Themen aus dem Bereich der Strafverfolgung teil.

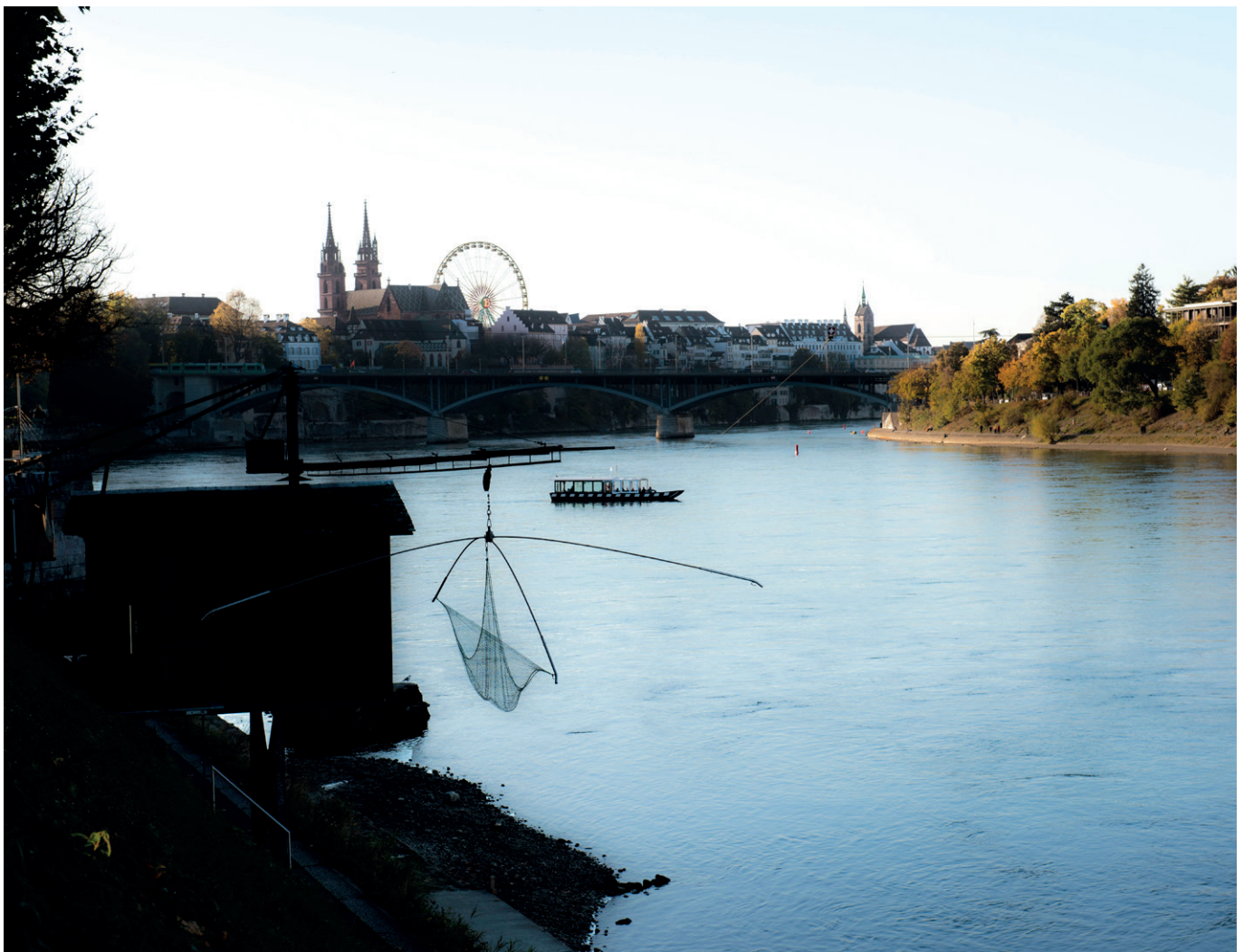
### IT-Projekte, Support & Mobiltelefonauswertung

Wie wichtig und komplex die Digitalisierung und Automatisierung in allen Lebensbereichen geworden sind, hat sich auch im Jahr 2017 gezeigt. Die Einführung von JURIS 5 und der damit verbundenen Schnittstellen führte besonders deutlich vor Augen, wie der Fortschritt in der Digitalisierung die Staatsanwaltschaft bei der Bewältigung ihrer Aufgaben unterstützt.

Im Jahr 2017 stellte die Staatsanwaltschaft 560 Mobiltelefone sicher, etwa gleich viel wie in den Vorjahren. Erneut wurde eine markante Zunahme der Datenmenge festgestellt. Aufgrund der Komplexität und Vielzahl der Apps sowie der Speicherkapazität der Geräte steigt der Zeitaufwand für die Sicherstellung enorm. Damit möglichst alle Daten sichergestellt werden können, bedarf es eines mehrfachen Auslesens der Daten (logisch und physikalisch) desselben Gerätes. Dies führt bei der Aufbereitung der Daten zu längeren Wartezeiten. Deshalb müssen Kriminalistinnen und Kriminalisten gewisse Sicherstellungen wie z. B. von Bildern und Videos oder das Abfotografieren von Chats etc. selbst vornehmen. Dies stellt den Bereich IT-Projekte, Support und Mobiltelefonauswertung, aber auch die Kriminalistinnen und Kriminalisten vor neue Herausforderungen bei der Sicherstellung und bei der Aufbereitung der Daten.

**IT-Ermittlungen:**

<b>Jahr</b>	<b>Anzahl Auswertungen</b>	<b>Datenmenge in Terabyte (TB)</b>
<b>2013</b>	105 (davon 9 Navi-Geräte)	63.75 (Ø pro Fall = 0.607 TB)
<b>2014</b>	91 (davon 11 Navi-Geräte)	61.36 (Ø pro Fall = 0.674 TB)
<b>2015</b>	80 (davon 9 Navi-Geräte)	78.85 (Ø pro Fall = 0.985 TB)
<b>2016</b>	100 (davon 9 Navi-Geräte)	167.37 (Ø pro Fall = 1.83 TB)
<b>2017</b>	86 (davon 12 Navi-Geräte)	76.98 (Ø pro Fall = 1.04 TB)



### IT-Ermittlung

Die Staatsanwaltschaft konnte den im Jahr 2016 begonnenen Austausch von technischem Know-how zwischen den Konkordatskantonen der Nordwestschweiz und dem Polizeipräsidium Freiburg i. Br. im Jahr 2017 festigen. Aufgrund der Fallbelastungen der Fachgruppe für Sexualdelikte im Bereich des Menschenhandels erhielt die Staatsanwaltschaft weniger Fälle mit Verdacht auf Kinderpornographie (Meldungen der Fedpol IFS 5, ehemals KOBİK) zur Auswertung. Dieser Umstand wirkte sich auf die Anzahl Fälle der IT-Ermittlung aus. Hingegen nahmen die Aufträge anderer Fachgruppen in den Bereichen des Landfriedensbruchs und der Amtsdelikte zu. Aufgrund der zunehmenden Komplexität bei den Sicherstellungen vor Ort musste die IT-Ermittlung vermehrt die Wirtschaftsabteilung bei Hausdurchsuchungen unterstützen. Die Datenträger

der sichergestellten Computer waren regelmässig verschlüsselt, und des Öfteren verweigerten die beschuldigten Personen die Nennung des benötigten Passwortes. In einem Fall wurde die verschlüsselte Hardware einer Partnerbehörde vorgelegt, welche mit neuester Hard- und Software erfolglos versuchte, die Verschlüsselung zu entschlüsseln.

### Projekt «GK STAWA»

Die Projektarbeiten konnten 2017 planmässig fortgeführt werden. Es gab aufgrund der Komplexität der neuen EPSIPOL-Schnittstelle und von Schulungseinteilungen eine terminliche Verschiebung um zwei Monate, sodass der neue Online-Termin auf den 3. April 2017 verlegt werden musste. Vorgängig fanden die Benutzerschulungen und Systemvorbereitungen statt.



«Aufgrund der zunehmenden Komplexität bei den Sicherstellungen vor Ort musste die IT-Ermittlung vermehrt die Wirtschaftsabteilung bei Hausdurchsuchungen unterstützen.»

Die Umstellung von NISSTA auf das neue Geschäfts- und Dokumentenverwaltungsprogramm JURIS 5 wurde planmässig vollzogen. Der Beginn war wie erwartet sehr anspruchsvoll. Die Anlaufschwierigkeiten konnten mittels straffer Planung und einer Task-Force bei den Lieferanten erheblich reduziert werden. Zwischenzeitlich ist vom Projektausschuss die Release-Planung für die noch ausstehenden Release-Lieferungen abgenommen worden. Die Arbeiten laufen auf Hochtouren, um die zeitlichen Projektvorgaben zu erfüllen. Parallel dazu wurde eine JURIS-Kommission gebildet, welche sich um Schulungs- und Prozessanpassungsthemen sowie um JURIS-Optimierungen kümmert.

### Dienststellenbuchhaltung und Kasse

Die Dienststellenbuchhaltung führt das Rechnungswesen der Staatsanwaltschaft. Sie verbucht sämtliche für die Dienststelle relevanten Belege, überwacht, verbucht, und verwaltet Kautionen, beschlagnahmte Gelder und Kostendepots. Ausserdem erstellt und überwacht sie das jährliche Budget, die tertialen Hochrechnungen sowie den Jahresabschluss. Zudem kontrolliert sie Verfahrensakten

auf Kosten und Gebühren vor Überweisung an das Strafgericht, respektive im Strafbefehlsverfahren.

### Medienstelle und Öffentlichkeitsarbeit

Das Phänomen Leserreporter prägt weiterhin die Berichterstattung in den Medien. Leserreporter setzen Redaktionen unter zeitlichen Druck, weil sie oftmals näher an einem Geschehen sind und «aus erster Hand» berichten können. Medien informieren deshalb häufig unmittelbar nach einem Ereignis bzw. einer Tat die Öffentlichkeit. Eine fundierte und qualifizierte Berichterstattung erfordert jedoch Zeit und entsprechende personelle Ressourcen.

Um die Ermittlungen nicht zu gefährden und medialen Vorverurteilungen keine Vorschub zu leisten, ist es wichtig, dass Auskünfte an die Medien, gestützt auf die Strafprozessordnung, wie bis anhin zurückhaltend, sachlich, neutral und soweit möglich zeitnah erteilt werden.

### Informationen an Medien

	2013	2014	2015	2016	2017
<b>Anzahl Medienmitteilungen</b>	268	191	190	216	168
<b>Anzahl Medieninterviews</b>	145	122	107	71	106

**Betriebsergebnis Staatsanwaltschaft vor Abschreibung Verwaltungsvermögen**

in 1'000 CHF	Rechnung 2017	Budget 2017	Rechnung 2016
Personalaufwand	-37'728.00	-37'656.70	-36'924.80
Sach- und Betriebsaufwand inkl. Abschreibungen Kleininvestitionen	-20'809.20	-20'876.30	-20'727.00
Transferaufwand (Vollzug jugendstrafrechtlicher Schutzmassnahmen)	-2'290.60	-2'700.00	-2'605.10
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>-60'827.70</b>	<b>-61'233.00</b>	<b>-60'256.90</b>
Entgelte	21'167.60	18'361.50	19'914.70
Transferertrag (Beitrag des Bundes an den Kantonalen Nachrichtendienst)	917.20	878.40	933.40
<b>Betriebsertrag</b>	<b>22'084.80</b>	<b>19'239.90</b>	<b>20'848.20</b>
<b>Betriebsergebnis vor Abschreibung Verwaltungsvermögen</b>	<b>-38'743.00</b>	<b>-41'993.10</b>	<b>-39'408.70</b>

**Einzelposten Staatsanwaltschaft**

in 1'000 CHF	Rechnung 2017	Budget 2017	Rechnung 2016
Verfahrenskosten (Gutachten, Spurensuche, Dolmetscherkosten etc.)	-2'974.70	-2'850.00	-3'201.90
Rechtshilfe/Offizialverteidigung	-524.10	-700.00	-643.30
Strafvollzugskosten	-4'377.20	-4'700.00	-5'067.40
Debitorenverluste	-4'146.1	-3'300.00	-2'647.60
Umwandlung Bussen/Kostenerlasse	-3'102.10	-3'500.00	-3'901.90
Transferaufwand	-2'290.60	-2'700.00	-2'605.10
Entgelte aus Bussen, Geldstrafen, Verfahrensgebühren etc.	18'540.30	16'800.00	17'813.30
<b>Total Einzelposten</b>	<b>1'125.50</b>	<b>-950.00</b>	<b>-253.90</b>



## Allgemeine Statistiken

### Verfahrenserledigungen Erwachsenenbereich

	2013	2014	2015	2016	2017
<b>Anklagen</b> (angeklagte Personen)	440	405	325	365	380
<b>Strafbefehle</b>	25'100	23'089	21'910	24'350	27'665
<b>Einstellungen, Nichtanhandnahmen, Sistierungen</b>	3'030	2'880	3'070	3'420	4'655





## Straftaten Basel-Stadt gemäss Strafgesetzbuch: Aufklärung und Vorjahresvergleich

	2016		2017	
	Straftaten	Aufklärung	Straftaten	Aufklärung
<b>Gesamttotal Strafgesetzbuch</b>	<b>21'118</b>	<b>37,0%</b>	<b>21'910</b>	<b>36,3%</b>
<b>Total gegen Leib und Leben</b>	<b>1'410</b>	<b>79,4%</b>	<b>1'436</b>	<b>80,6%</b>
Vollendete Tötungsdelikte (Art. 111–113/116)	0	–	3	100,0%
Versuchte Tötungsdelikte (Art. 111–113/116)	8	100,0%	16	87,5%
Schwere Körperverletzung (Art. 122)	43	39,5%	13	84,6%
Einfache Körperverletzung (Art. 123)	500	73,8%	487	73,7%
<b>Total gegen das Vermögen</b>	<b>14'838</b>	<b>25,0%</b>	<b>15'093</b>	<b>25,5%</b>
Diebstahl ohne Fahrzeuge (Art. 139)	6'913	26,8 %	7'051	27,9%
- davon Einbruchdiebstahl	1'339	23,7 %	1'372	17,5%
- davon Entreisssdiebstahl	31	16,1 %	26	19,2%
Fahrzeugdiebstahl (Art. 139)	3'047	2,6%	2'883	2,9%
Raub (Art. 140)	124	45,2%	83	33,7%
Sachbeschädigung ohne Diebstahl (Art. 144)	1'474	28,2%	1'366	26,6%
Betrug (Art. 146)	892	66,6%	1'163	61,0%
Erpressung (Art. 156)	36	36,1%	23	30,4%
Konkurs, Betreibungsdelikte (Art. 163–171)	31	93,5%	47	100,0%
<b>Total gegen Ehre, Geheim, Privatbereich</b>	<b>561</b>	<b>76,1%</b>	<b>617</b>	<b>75,7%</b>
Ehrverletzung + Verleumdung (Art. 173 + 174)	124	82,3%	148	73,0%
<b>Total gegen die Freiheit</b>	<b>2'640</b>	<b>48,6%</b>	<b>2'817</b>	<b>41,7%</b>
Drohung (Art. 180)	547	90,9%	574	88,2%
Nötigung (Art. 181)	148	90,5%	92	72,8%
Menschenhandel (Art. 182)	8	62,5%	8	25,0%
Freiheitsberaubung (Art. 183)	50	86,0%	36	83,3%
Hausfriedensbruch ohne Diebstahl (Art. 186)	179	74,9%	173	71,1%
<b>Total gegen die sexuelle Integrität</b>	<b>393</b>	<b>77,4%</b>	<b>277</b>	<b>75,8%</b>
Sexuelle Handlungen Kind (Art. 187)	115	89,6%	59	81,4%
Vergewaltigung (Art. 190)	33	57,6%	25	76,0%
Exhibitionismus (Art. 194)	11	45,5%	12	33,3%
Pornografie (Art. 197)	115	88,7%	60	81,7%
<b>Total gemeingefährliche Verbrechen, Vergehen</b>	<b>159</b>	<b>47,8%</b>	<b>170</b>	<b>29,4%</b>
Brandstiftung (Art. 221)	76	28,9%	46	28,3%
<b>Total gegen die öffentliche Gewalt</b>	<b>418</b>	<b>91,9%</b>	<b>637</b>	<b>66,1%</b>
Gewalt und Drohung gegen Beamte (Art. 285)	248	88,7%	373	63,0%
<b>Total gegen die Rechtspflege</b>	<b>139</b>	<b>88,5%</b>	<b>120</b>	<b>92,5%</b>
Geldwäscherei (Art. 305bis)	54	85,2%	44	95,5%
Übrige Straftaten gegen das StGB	560	68,9%	743	68,8%

Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik, PKS



Redaktion und Gestaltung: comjet sa, Natalia Chtanova, Basel  
Fotos: Kriminaltechnische Abteilung der Staatsanwaltschaft  
Druck: Job Factory Basel  
Auflage: 310 Exemplare

April 2018

Staatsanwaltschaft des Kantons Basel-Stadt

Binningerstrasse 21

4051 Basel

Tel. +41 (0)61 267 71 71

[www.stawa.bs.ch](http://www.stawa.bs.ch)